

Gesetz über Flur und Garten

vom 7. Februar 1996¹⁾

I. Organe

§ 1

¹ Die Munizipalgemeinde bestellt eine Flurkommission.

Flurkommission

² Als Flurkommission amtiert der Gemeinderat unter dem Präsidium des Gemeindeammanns.

³ Der Gemeinderat kann seine Befugnisse einer besonderen Flurkommission übertragen; er wählt den Präsidenten oder die Präsidentin, mindestens zwei weitere Mitglieder sowie zwei Ersatzmitglieder.

§ 2

Die Aufsicht über den Vollzug obliegt dem zuständigen Departement des Regierungsrates.

Departement

II. Nachbarrecht

§ 3

¹ Für Bauten und Anlagen im Sinn des Planungs- und Baugesetzes²⁾ gelten die baurechtlichen Bestimmungen sowie das baurechtliche Verfahren des Kantons und der Ortsgemeinde.

Bauten,
tote Anlagen

² Für tote Anlagen, die keinen baurechtlichen Vorschriften unterliegen, gilt ein Grenzabstand von mindestens der Hälfte der Höhe. Vorbehalten bleibt § 4.

§ 4

¹ Licht- und luftdurchlässige tote Einzäunungen bis zu einer Höhe von 1,20 m im Baugebiet oder bis zu einer Höhe von 1,50 m ausserhalb des Baugebietes dürfen an die Grenze gestellt werden.

Einzäunungen

¹⁾ In Kraft gesetzt auf den 1. Januar 1997.

²⁾ 700

² Für höhere Einzäunungen dieser Art beträgt der Grenzabstand mindestens die Hälfte der Höhe, welche die Masse nach Absatz 1 überragt.

³ Massive Sockel solcher Einzäunungen dürfen höchstens 0,30 m hoch sein.

§ 5

Pflanzungen

¹ Bäume, Sträucher, Hecken, Lebhäge und ähnliche Pflanzungen sowie mehrjährige landwirtschaftliche Kulturen dürfen nie höher gehalten werden als das Doppelte ihres Grenzabstandes.

² Beträgt der Grenzabstand mindestens 10 m, besteht keine Beschränkung der Höhe.

§ 6

Ackerland

Bei Ackerland entlang von Wohnsiedlungen ist ein Randstreifen von 0,60 m ab der Grenze einzuhalten.

§ 7

Messweise

¹ Beim Messen des Grenzabstandes ist der grenznächste Punkt massgebend, an dem das Objekt aus dem Boden tritt.

² Hervortretende Wurzeln oder Wurzelansätze hochstämmiger Bäume sind nicht zu berücksichtigen.

§ 8

Wiederherstellung
des rechtmässigen
Zustandes

¹ Bei Pflanzungen, die den Vorschriften dieses Gesetzes nicht entsprechen, kann der Eigentümer des betroffenen Nachbargrundstückes jederzeit die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes verlangen.

² Bei toten Anlagen, die keinen baurechtlichen Vorschriften unterliegen, kann während eines Jahres nach der Fertigstellung das Begehren auf Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes gestellt werden.

§ 9

Abweichende
Vereinbarungen

¹ Sind Abweichungen von Abstandsvorschriften vereinbart worden, kann lediglich die Herstellung des vereinbarungsgemässen Zustandes verlangt werden.

² Rechtsnachfolgende sind nur an Vereinbarungen gebunden, die als Dienstbarkeit im Grundbuch eingetragen sind.

III. Flurstrassen und Entwässerungen

A. Begriffe

§ 10

¹ Flurstrassen sind die als Parzellen ausgeschiedenen Strassen, die insbesondere der Zufahrt zu landwirtschaftlichen Grundstücken dienen und nicht zum Netz der Gemeindestrassen und -wege gehören. Flurstrassen

² Für Flurstrassen, die auch als Fuss- und Wanderwege gemäss Bundesgesetz über Fuss- und Wanderwege¹⁾ dienen, bleiben die Bestimmungen dieses Bundesgesetzes sowie des Gesetzes über Strassen und Wege²⁾ vorbehalten.

§ 11

Entwässerungen im Sinn dieses Gesetzes sind jene unterirdischen Entwässerungsanlagen, die nicht in den Geltungsbereich des Gesetzes über den Wasserbau³⁾ fallen. Entwässerungen

B. Gemeinsame Bestimmungen

§ 12

¹ Flurstrassen und Entwässerungen stehen unter der Aufsicht der Flurkommission. Aufsicht

² Sind Flurstrassen oder Entwässerungen gemäss kantonalem Meliorationsrecht⁴⁾ erstellt worden, gelten auch die Aufsichtsbefugnisse der kantonalen Organe.

§ 13

¹ Beim Bau neuer und bei der Korrektur bestehender Flurstrassen oder Entwässerungen, die nicht gemäss kantonalem Meliorationsrecht⁴⁾ erfolgen, kommen die für Anlagen geltenden Bestimmungen des Baugesetzes⁵⁾ zur Anwendung. Bau, Korrektur

¹⁾ SR 704

²⁾ SR 725.1

³⁾ 721.1

⁴⁾ 913.2; 913.21

⁵⁾ 700

² Im Baubewilligungsverfahren ist die Flurkommission anzuhören.

³ Die Bewilligung kann vom Beitritt zu einer Korporation abhängig gemacht werden.

§ 14

Unterhalt

¹ Der Unterhalt von Flurstrassen oder Entwässerungen ist Sache der beteiligten Grundeigentümer.

² Die Kosten sind im Verhältnis zur Benützung festzusetzen.

§ 15

Kostenbeteiligung

¹ Die Gemeinde kann die Unterhaltskosten ganz oder teilweise übernehmen. § 2 Absatz 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich¹⁾ bleibt anwendbar.

² Ist die Gemeinde Eigentümerin von Anlagen, kann sie die hauptsächlichen Benützer und Benützerinnen an den Unterhaltskosten beteiligen. Sie erlässt ein Reglement.

C. Besondere Bestimmungen für Flurstrassen

§ 16

Beschaffenheit,
Breite

¹ Beschaffenheit und Breite einer Flurstrasse richten sich nach den Bedürfnissen der hauptsächlichen Benützung.

² Die Regel sind Naturstrassen mit einer Fahrbahnbreite bis 3,50 m.

§ 17

Benützung

¹ Nebst dem landwirtschaftlichen Verkehr stehen die Flurstrassen unter Vorbehalt von Verkehrsbeschränkungen auch dem unmotorisierten übrigen Verkehr zur Benützung offen.

² Die Benützung hat schonend und mit Rücksicht auf die berechtigten Interessen der Strasseneigentümer zu erfolgen. Verunreinigungen sind durch die Verursachenden auf eigene Kosten zu beseitigen.

§ 18

Verkehrs-
anordnungen

Anordnungen zur Regelung des Verkehrs richten sich nach der Gesetzgebung über den Strassenverkehr.

¹⁾ 613.1

§ 19

¹ Bei der Bewirtschaftung anstossender Grundstücke ist dem Schutz der Flurstrassen und insbesondere ihrer Bankette Rechnung zu tragen.

Bewirtschaftung
anstossender
Grundstücke

² Auf den Flurstrassen sind regelmässige Wendemanöver zur Ackerbewirtschaftung untersagt.

³ Wer gegen diese Bewirtschaftungsgrundsätze verstösst, hat die Kosten für das Beheben von Schäden zu übernehmen.

§ 20

¹ Gegenüber Flurstrassen gelten die Abstandsvorschriften des Gesetzes über Strassen und Wege¹⁾ sinngemäss.

Abstands-
vorschriften

² Sofern keine öffentlichen Interessen entgegenstehen, kann die Flurkommission Ausnahmen bewilligen.

³ Im Bereich von Kreuzungen, Kurven oder Zufahrten kann die Flurkommission weitergehende Beschränkungen anordnen, sofern die Sicherheit dies erfordert.

§ 21

¹ Der gesteigerte Gemeingebrauch und die Sondernutzung von Flurstrassen bedürfen der Zustimmung der Eigentümer.

Gesteigerte
Gemeingebrauch,
Sondernutzung

² Die Zustimmung kann an Bedingungen und Auflagen geknüpft werden. Sie darf nur aus begründetem Anlass verweigert werden.

§ 22

¹ Über die Aufhebung von Flurstrassen entscheidet die Flurkommission nach Anhörung der Betroffenen. Der Entscheid ist öffentlich bekanntzumachen.

Aufhebung

² Flurstrassen sind aufzuheben, wenn sie nicht mehr notwendig sind.

IV. Korporationen**§ 23**

Die Flurstrassen- und Entwässerungskorporationen sowie die Rebkorporationen gelten als öffentlich-rechtliche Körperschaften gemäss § 37 des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch²⁾, sofern ihnen mindestens drei Mitglieder dauernd angehören.

Arten

¹⁾ 725.1

²⁾ 210

§ 24Beitrittspflicht,
Neubildung,
Zusammenschluss

¹ Die Eigentümer der durch Flurstrassen oder Entwässerungen erschlossenen Grundstücke sowie die Eigentümer der Rebparzellen eines Rebberges sind zum Beitritt zu einer Korporation verpflichtet, sofern in ihrem Gemeindegebiet bereits eine solche besteht.

² Bestehende Korporationen dürfen die Aufnahme neuer Mitglieder nur aus wichtigen Gründen verweigern.

³ Kommt kein Anschluss an eine bestehende Korporation zustande, sind die Eigentümer zur Bildung einer neuen Korporation verpflichtet.

⁴ Die Flurkommission kann den Beitritt zu einer bestehenden oder die Gründung einer neuen Korporation anordnen. Sie kann aus wichtigen Gründen Ausnahmen bewilligen.

⁵ Bestehen in einer Gemeinde mehrere gleichartige Korporationen, ist ihr Zusammenschluss anzustreben.

§ 25Anmerkung
im Grundbuch

Die Mitgliedschaft bei einer Korporation kann für die betroffenen Grundstücke im Grundbuch angemerkt werden.

§ 26

Unterhaltspflicht

¹ Die Korporationen sind für den Unterhalt der Korporationsanlagen verantwortlich.

² Kommen sie dieser Aufgabe nicht oder nur ungenügend nach, können sie von der Flurkommission zu Unterhaltsmassnahmen verpflichtet werden.

V. Pflanzenschutz und Schädlingsbekämpfung**§ 27**Vorschriften,
Massnahmen

¹ Der Regierungsrat kann für den Pflanzenschutz und die Schädlings- und Unkrautbekämpfung Vorschriften erlassen, geeignete Massnahmen anordnen und besondere Vollzugsorgane bezeichnen.

² Wer Boden besitzt oder bewirtschaftet, ist verpflichtet, bei der Bekämpfung mitzuwirken, Massnahmen zu dulden oder sich an den Kosten angemessen zu beteiligen.

§ 28

¹ Die Vergütung von Engerlingsschäden des Maikäfers erfolgt über einen Fonds, der zu gleichen Teilen vom Kanton, den Gemeinden und den Bewirtschaftenden landwirtschaftlich oder gartenbaulich genutzten Bodens gespiesen wird. Reicht der Fonds bei schweren Schadenfällen nicht aus, hat der Kanton die notwendigen Mittel vorzuschüssen.

Fonds für
Engerlingsschäden

² Aus dem Fonds können auch Zahlungen an die Kosten der Bekämpfung von Maikäfern und ihren Engerlingen geleistet werden, soweit das gewählte Verfahren ökologisch tragbar erscheint und der Regierungsrat die Bekämpfungsaktion genehmigt oder angeordnet hat.

³ Die Vergütung von Schäden kann verweigert werden, wenn in besonders gefährdeten Gebieten anfällige Kulturen angepflanzt werden. Der Regierungsrat bezeichnet die gefährdeten Gebiete und Kulturen.

⁴ Der Regierungsrat legt die Beiträge so fest, dass der Fonds in der Regel einen Bestand von drei bis sieben Millionen Franken aufweist.

VI. Verfahren**§ 29**

Unter Vorbehalt der nachstehenden Bestimmungen gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege¹⁾.

Grundsatz

§ 30

¹ Die örtliche Zuständigkeit beurteilt sich nach dem Ort der gelegenen Sache.

Örtliche
Zuständigkeit

² Sind Grundstücke betroffen, die in verschiedenen Gemeinden liegen, bestimmen deren Gemeinderäte eine ausserordentliche Flurkommission.

§ 31

¹ Die Flurkommission trifft von Amtes wegen die notwendigen Anordnungen, wenn Tatsachen festgestellt werden, die flurrechtlichen Vorschriften widersprechen und öffentliche Interessen gefährden oder verletzen.

Offizialprinzip,
Dispositions-
prinzip

² Wenn solche Tatsachen öffentliche Interessen nicht gefährden oder verletzen, handelt die Flurkommission nur auf schriftliches Begehren. Der Entscheid darf nicht über das Begehren hinausgehen.

¹⁾ 170.1

	§ 32
Abgrenzung zur Zivilgerichtsbarkeit	¹ In nachbarrechtlichen Streitigkeiten entscheidet die Flurkommission, sofern nachbarrechtliche Bestimmungen dieses Gesetzes anwendbar sind. ² Begehren, die sich auf nachbarrechtliche Bestimmungen des Schweizerischen Zivilgesetzbuches ¹⁾ stützen, sind beim zivilen Gericht anhängig zu machen.
	§ 33
Vermittlungsversuch	Der Präsident oder die Präsidentin der Flurkommission unternimmt in flurrechtlichen Streitigkeiten in der Regel zunächst einen Vermittlungsversuch.
	§ 34
Parteistellung von Gemeinwesen	¹ Ist die Gemeinde in einem Flurstreit Partei, tritt das Departement an die Stelle der Flurkommission. ² Ist der Kanton in einem Flurstreit Partei, tritt das Verwaltungsgericht als Rechtsmittelinstanz an die Stelle des Departementes.
VII. Übergangs- und Schlussbestimmungen	
	§ 35
Hängige Verfahren	Für Verfahren, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes anhängig gemacht worden sind, gilt das bisherige Recht.
	§ 36
Aufhebung bisherigen Rechtes	Das Flurgesetz vom 6. Februar 1958 wird aufgehoben.
	§ 37
Inkrafttreten	Dieses Gesetz tritt auf einen durch den Regierungsrat zu bestimmenden Zeitpunkt in Kraft.

¹⁾ SR 210